## Scholz sollte mehr tun, als Hände zu schütteln; Kommentar von Anja Krüger zur finanziellen Bewältigung von Überschwemmungen

2

4

5

9

10

11

12

13

14

15

taz, die tageszeitung Dienstag 04. Juni 2024

Copyright 2024 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit taz-Verlags All Rights Reserved

Genehmigung des

## # die tageszeitung

6 Section: SEITE 1; S. 1

7 Length: 451 words8 Byline: Anja Krüger

**Body** 

## 🗳 die tageszeitung

..Ökonomisches Risiko

..Prognose zunehmende Hochwa

.. Klimawandel verstärkt Hoc

..Fehlerhafte Bundespolitik

..Visualisierung

..Ökonomisches Risiko

...Technisches Risikoverständ
...Ökonomisches Risiko
...Fehlerhafte Bundespolitik
...allgemeines Versagen
...Fehlerhafte Bundespolitik

Kommentar von Anja Krüger zur finanziellen Bewältigung von Überschwemmungen

Schon das vierte Mal in diesem Jahr stand Bundeskanzler Olaf Scholz am Montag in einem von <u>Wassermassen</u> verwüsteten Gebiet, um den Menschen dort beizustehen. Es ist zu fürchten, dass das nicht der letzte derartige Termin für ihn gewesen ist. Die Klimakrise tritt immer drastischer in Erscheinung, die Folgen werden immer heftiger.

Scholz sollte mehr tun, als in Katastrophengebieten Hände zu schütteln, finanzielle Hilfen in Aussicht zu stellen und allgemein die Solidarität der Bürger:innen zu beschwören: Er muss endlich dafür sorgen, dass auch seine Minister:innen für Verkehr und Bauen ernsthafte Maßnahmen zum Erreichen der Klimaziele ergreifen, wie es der zuständige Expert:innenrat der Bundesregierung fordert. Und nicht nur das. Der Kanzler muss sicherstellen, dass Bürger:innen vor existenzbedrohenden finanziellen Folgen extremer Wetterereignisse geschützt werden. Dafür gibt es ein einfaches, rasch einführbares Instrument: eine verpflichtende Versicherung für Klimaschäden an Gebäuden.

Klimawandel. etwa durch Umbauten Anpassungen an den <u>Überflutungsschutz</u>, sind unumgänglich. Aber das reicht nicht. Die Politik sollte klären, wer für die gewaltigen Schäden aufkommt, die durch extreme Wetterlagen entstehen. Dass der Staat zumindest nach großflächigen Überflutungen Hilfen in Aussicht stellt, löst das Problem nicht. Staatliche Gelder zu bekommen ist für Geschädigte kompliziert, darauf verlassen können sich Bürger:innen nicht. Bei einer Versicherung haben sie dagegen einen Anspruch auf Entschädigung. Aber nur etwa die Hälfte der privaten Hauseigentümer:innen hat eine Versicherung gegen Überschwemmung und andere sogenannte Elementargefahren. Etliche können sich nicht versichern, denn gerade in Gefahrengebieten sind die Policen sehr teuer, nur lückenhaft oder gar nicht zu haben. Verbraucherschützer:innen und die Ministerpräsident:innen der Länder drängen die Bundesregierung seit Jahren, eine verpflichtende Elementarschutzversicherung einzuführen.

Ja, auch die, die glauben, sie bräuchten so etwas nicht, müssten mitbezahlen.



So könnte die Versicherung aber für alle bezahlbar werden. Und: Vor Klimaschäden ist niemand sicher. *Extremwetter* kann jede:n treffen und ohne finanzielle Vorsorge ruinieren. Dass es bis heute keine Pflichtversicherung gegen *Überflutung* gibt, haben die FDP und ihr Justizminister Marco Buschmann zu verantworten. Die Freidemokrat:innen blockieren die Einführung und damit den Schutz von Millionen Menschen vor einem existenziellen Risiko. Solange Kanzler Scholz das zulässt, wirken seine Solidaritätsappelle in Katastrophengebieten hohl.

Classification

16

17



18 Language: GERMAN; DEUTSCH

19 **Publication-Type:** Zeitung

Subject: EXTREME <u>WITTERUNGSVERHÄLTNISSE</u> (90%);
KATASTROPHENHILFE (90%); <u>NATURKATASTROPHEN</u> (90%); NEGATIVE UMWELTNACHRICHTEN (90%); POLITIK (90%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (90%); <u>ÜBERSCHWEMMUNGEN</u> (90%); DEUTSCHE POLITISCHE PARTEIEN (78%); KLIMAWANDEL (78%); POLITISCHE PARTEIEN (78%); BEDROHTE TIER- UND PFLANZENARTEN (77%); KLIMASCHUTZ (77%); WETTER (77%); MINISTER & STAATSSEKRETÄRE (75%); JUSTIZMINISTERIEN (69%)

21 Person: OLAF SCHOLZ (73%)

22 **Load-Date:** June 3, 2024

**# die tageszeitung**